

Ernüchterung in Kirchen

Reaktionen auf den Parlamentsbeschluß – Baden-Württemberg will

Bei Repräsentanten der evangelischen wie katholischen Kirche, bei kirchlichen Gremien und Verbänden ist das Votum des Deutschen Bundestags für den begrenzten Import von humanen embryonalen Stammzellen auf eine breite Front der Ablehnung gestoßen.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, **Karl Kardinal Lehmann**, und der Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, **Präses Manfred Kock**, zeigten sich enttäuscht. Mit einem Stammzellen-Import sei in Deutschland der Lebensschutz nicht mehr gewährleistet. Die Entscheidung des Bundestages widerspreche zudem dem Embryonenschutzgesetz, nach dem das Leben mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle beginne. Lehmann und Kock bezeichneten es als wichtig, dass es sich noch nicht um einen Gesetzesbeschluss handele. Der Mainzer Kardinal zeigte sich vor Journalisten in Bonn gleichzeitig optimistisch, dass sich das Parlament nun gegen die Präimplantationsdiagnostik (PID) aussprechen werde. Viele, die sich jetzt für die Einfuhr von Stammzellen unter gewissen Bedingungen ausgesprochen hätten, würden die PID ablehnen.

Auch der Münchener Bischof **Friedrich Kardinal Wetter** und der evangelisch-lutherische **Landesbischof** in Bayern, **Johannes Friedrich**, übten deutliche Kritik am Beschluss des Bundestags. In einer gemeinsamen Pressekonferenz in München sagte Wetter, obwohl er Achtung vor dem Ringen der Abgeordneten habe, sei die Entscheidung ein Schritt „in die falsche Richtung“. Damit sei eine Tür geöffnet worden, die auf einen „abschüssigen Weg“ führe. Heilung dürfe nicht durch Töten menschlichen Lebens geschehen. Er nannte es eine Doppelmoral, nur die Stammzellen zu verwenden, und dabei zu sagen, getötet hätten die ande-

ren. Die Frage sei, ob hier nicht der Hehler den Stehler verurteile. Bei einem Embryo handle es sich um ein eigenes Lebewesen mit einem vollständigen Genom. Es seien nicht ein paar Zellen, sondern „es ist ein Mensch am Beginn seines Lebens“. Durch die Tötung von Embryonen werde der Mensch als Mittel zu einem anderen Zweck benutzt, so der Erzbischof von München und Freising. Dies richte sich gegen die menschliche Würde. Derzeit gehe es nur um Grundlagenforschung, die Heilungsaussichten lägen in weiter Ferne. Der bayerische Landesbischof Friedrich warnte davor, das Parlamentsvotum als Freibrief für die Aushöhlung des Embryonenschutzes zu missbrauchen.

Tiefe Enttäuschung brachte auch Kölns Erzbischof **Joachim Kardinal Meisner** zum Ausdruck. Mit dieser Entscheidung würden Deutsche zu Profiteuren der Tötung von Menschen am Beginn ihrer Existenz. Es müssten alle rechtsstaatlichen Mittel eingesetzt werden, damit die Entscheidung rückgängig gemacht werde. Ausdrücklich dankte der Kardinal den Parlamentariern, die sich für ein Einfuhrverbot eingesetzt haben. Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Aachener **Bischof Heinrich Musinghoff**, bezeichnete die Entscheidung als „Dambruch beim Schutz menschlichen Lebens“. Der Preis für die Heilung von Krankheiten dürfe nicht die Selektion und Vernichtung menschlichen Lebens sein.



Als „falsch und folgenschwer“ bezeichnete der Würzburger **Bischof Paul-Werner Scheele** die Entscheidung der Parlamentarier. Er befürchtet, dass die strengen Vorgaben aufgeweicht werden könnten, etwa indem das Genehmigungsverfahren für den Import embryonaler Stammzellen vereinfacht werde. Hier müssten die Abgeordneten beim Wort genommen werden. Scheele betonte, „sicher haben wirtschaftliche und finanzielle Interessen nicht unerheblich“ zu dem Be-

schluss im Bundestag beigetragen. Der Bischof wies zugleich den Vorwurf zurück, die Kirche sei wissenschaftsfeindlich. Forschungsfreiheit heiße nicht Ungebundenheit. Experten hätten zudem deutlich gemacht, dass Heilungschancen durch die Forschung an embryonalen Stammzellen sehr vage seien.

Mit „tiefem Bedauern“ hat **Bischof Viktor Josef Dammertz** von Augsburg den Beschluss des Bundestags zur Kenntnis genommen. In einer Erklärung beklagte er, dass sich keine Mehrheit von Abgeordneten gefunden habe, die für den unbedingten Schutz des menschlichen Lebens auch in seinem frühesten Stadium eintrete. Es sei zu befürchten, dass schon bald der Ruf nach einer großzügigeren Regelung laut werde, die zum Beispiel auch die Forschung an den „überzähligen“ Stammzellen im eigenen Land ermögliche. Dammertz unterstrich, er verkenne nicht das Ringen vieler Abgeordneter um ihre Entscheidung. Dennoch bedeute dieser Beschluss einen Verstoß gegen den Geist des Embryonenschutzgesetzes, auf das sich damals alle Parteien geeinigt hätten.

Der Rottenburg-Stuttgarter **Bischof Gebhard Fürst** wertete in Rottenburg die Abstimmung vom Mittwochabend als Zeichen dafür, dass es keinen ethischen Grundkonsens in der Gesellschaft mehr gibt. Der nun gefundene Kompromiss sei in sich widersprüchlich und inkonsequent, da er die Embryonentötung im Ausland akzeptiere, während er sie im Inland weiter verbiete, sagte Fürst, der Mitglied im Nationalen Ethikrat ist. Er äußerte die Befürchtung, dass der Parlamentsbeschluss in einer nächsten Etappe dazu führe, dass eine verbrauchende Embryonenforschung in der Bundesrepublik zugelassen werde. Ein klares Nein gegen den Import, wofür immerhin 45 Prozent der Abgeordneten votierten, hätte dem Lebensrecht der Embryonen „wirklich Rechnung getragen“, sagte Fürst. Er legte der Deutschen Forschungsgemeinschaft nahe, aufgrund der Mehrheitsverhältnisse keine Empfehlung zum Import embryonaler Stammzellen auszusprechen.

und Verbänden

Forschung mit embryonalen Stammzellen nicht fördern

Der Erfurter **Bischof Joachim Wanke** hat die Entscheidung des Bundestages als „große Enttäuschung“ gewertet. Dabei sei der absolute Lebensschutz von Embryonen und ihre Menschenwürde aufgegeben worden, erklärte Wanke am Mittwoch Abend in Erfurt. Selbst wenn deren Tötung für Forschungszwecke grundsätzlich verboten bleiben solle, seien für bestehende Stammzelllinien Embryonen getötet worden. Daran komme auch derjenige nicht vorbei, der solche Stammzellen importiere und so ihre Herstellung in Deutschland vermeide. Wanke äußerte seine Sorge, dass das künftige Gesetz nicht ein Schlusspunkt, „sondern der Beginn weiter reichender Forderungen von Politikern und Forschern ist“. Es dürfe aber auf keinen Fall dazu kommen, „dass unter dem Vorwand der Forschungsfreiheit das Embryonenschutzgesetz ausgehebelt wird“. Der Bischof forderte stattdessen, dass alternative Ansätze wie die Forschung mit adulten Stammzellen weiter gefördert werden sollten, um den Verbrauch von Embryonen international einzuschränken.

Der Magdeburger **Bischof Leo Nowak** hat das Votum des Bundestags als „unbefriedigend“ kritisiert. Das ethische Grundproblem sei „nicht eindeutig geklärt“, heißt es in einer in Magdeburg verbreiteten Stellungnahme Nowaks. Forschung an embryonalen Stammzellen bedeute immer auch die Tötung der Embryonen. Die Menschenwürde bestehe „unabhängig von religiösen Deutungen“ aber vornehmlich in der Unantastbarkeit und Unverfügbarkeit menschlichen Lebens. Diese ethische Grundlage dürfe nicht anderen Interessen geopfert werden, nur weil die Arbeit mit embryonalen Stammzellen derzeit effektiver scheine als die mit adulten, mahnte Nowak. Eine Instrumentalisierung menschlichen Lebens sei, „auch im Interesse der Bekämpfung von Krankheiten“ nicht zu akzeptieren. Der Bischof würdigte zugleich, dass sich die Abgeordneten die Entscheidung nicht leicht gemacht hätten und ihnen deren Tragweite bewusst sei.

Auch der **Deutsche Caritasverband** in

Freiburg bedauerte die Entscheidung des Bundestags. Die Festlegung sehr restriktiver Bedingungen ändere nichts daran, dass menschlichem Leben in seinen frühesten Entwicklungsstadien der gesetzliche Schutz entzogen werde.

Enttäuscht zeigte sich auch das **Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)**. Der Beschluss widerspreche dem Geist des Embryonenschutzgesetzes, erklärte **ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer** am Donnerstag in Bonn. Erste Reaktionen insbesondere von Wissenschaftlern zeigten, dass die Entscheidung lediglich als erster Schritt zur Forschung an menschlichen Embryonen gesehen werde. Es bestehe die Gefahr, dass „interessierte Kreise“ die Einfuhrerlaubnis zur Legitimation weiterer „ethisch nicht zu rechtfertigender“ Schritte wie der Erzeugung neuer embryonaler Stammzelllinien auch in Deutschland und der Klontechnik nutzen würden. Bei der Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen sei nun darauf zu achten, dass es nicht zu einem „Dammbruch“ komme.

Die **Christdemokraten für das Leben (CDL)** kritisierten die Entscheidung des Deutschen Bundestages zum Import embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken mit den Worten: „Ein weiterer Damm gegen das unteilbare Menschenrecht auf Leben ist gebrochen.“ Keine noch so restriktive und lebensbejahende Rhetorik des verabschiedeten Antrages könne darüber hinwegtäuschen, „dass damit der Startschuss für eine menschenverbrauchende Forschung in Deutschland gegeben worden ist“.



Angesichts von Umfragen, nach denen zwei Drittel der Deutschen sich gegen die Tötung von menschlichen Embryonen für die Forschung ausgesprochen haben, sei die Entscheidung des Bundestages eine Missachtung des Bürgerwillen sagte die **CDL-Bundesvorsitzende Johanna Gräfin von Westphalen**.

Dies hätten die Wähler bei der bevorstehenden Bundestagswahl zu berücksichtigen.



Der **Marburger Bund** warnte nach dem Votum vor einem möglichen bioethischen „Horrorszenario“. Die Entscheidung des Bundestages sei „eine politische Wanderdüne, die mit großer Wahrscheinlichkeit zur Produktion eigener embryonaler Stammzellen und zum Klonen menschlichen Lebens führen wird“, teilten die Verbandsvorsitzenden **Frank Ulrich Montgomery** und **Rudolf Henke** in Köln mit. Die Bundestagsentscheidung vermeide ein klares Ja oder Nein zu den Grundsatzfragen, wann menschliches Leben beginnt und ab wann es welchen Schutz beanspruchen kann. „Sie ist offen für Doppelmoral“, befand der Ärzteverband. Schon jetzt sei zu erkennen, dass sie eine Lawine weiter reichender Forderungen in Gang setze.



Baden-Württemberg will die Forschung mit embryonalen Stammzellen nicht fördern, berichtet die Internet-„Netzzeitung“ Ende Januar unter Berufung auf den **Wissenschaftsminister des Landes Peter Frankenberg** (CDU). Frankenberg wie auch **Ministerpräsident Erwin Teufel** (CDU) hätten sich strikt gegen diese Forschung ausgesprochen. Stattdessen setze das Land auf die Forschung mit adulten Stammzellen. Dafür habe man mit 7,5 Millionen Euro bereits das größte landesweite Forschungsprogramm in Deutschland aufgelegt.